



Ruhighalten um der Parteitaktik willen

Sieben Wochen vor der Wehrpflicht-Volksbefragung läuft die Werbung nur schleppend an. Die Beteiligung könnte weit unter 50 Prozent liegen.

Von Wolfgang Sablatnig

Wien – Zumindest im Innenministerium sind die Vorbereitungen für die erste bundesweite Volksbefragung am 20. Jänner voll angelaufen. Die ersten Stimmzettel – insgesamt werden sieben Millionen benötigt – sind fertig. Die Parteien scheinen aber noch nicht in die Gänge zu kommen. Und Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ), für den es wohl um das politische Überleben geht, ist auch in seinem Ministerium mit Widerstand konfrontiert.

Die Ausgangslage spricht sieben Wochen vor der Volksbefragung für die Befürworter der Wehrpflicht und damit für die ÖVP. Während aber Darabos sagt, bei den Unter-30-Jährigen gebe es eine Mehrheit für den Abschied von der Wehrpflicht, sehen andere Umfragen eine Mehrheit für ein Berufsheer vor allem bei Frauen – und da in erster Linie bei denen, deren Söhne gerade beim Heer waren oder vor dem Einrücken stehen.

Feststellbar ist auch, dass die Zustimmung zum Berufsheer mit dem Bildungsgrad steigt.

Werbekampagnen lassen aber noch auf sich warten. Die Parteien halten sich zurück, weil im hektischen Dezember wenig Aufmerksamkeit für politische Themen zu erwarten ist. Stattdessen setzen sie auf die Personenkomitees unter Vorsitz der Industriellen Hannes Androsch (pro Berufsheer) und Veit Sorger (pro Wehrpflicht) sowie Aktivitäten, die auf spezielle Zielgruppen zugeschnitten sind. Auch das Internet wird benutzt.

Nach außen wollen die Parteien erst nach Weihnachten verstärkt einsteigen. Führende Politiker der ÖVP etwa wurden gebeten, den 28. Dezember frei zu halten. Und am 8. Jänner wird der ORF ein „Bürgerforum“ der Frage Wehrpflicht oder Berufsheer widmen. Dabei soll auch Bundeskanzler Werner Faymann in die Kampagne einsteigen.

Der Beteiligung an der Volksbefragung wird dieses Abwarten zumindest nicht



Die Stimmzettel für die Volksbefragung werden bereits gedruckt. Die Parteien zögern aber noch. Foto: APA

zuträglich sein – dabei gehen Experten ohnehin davon aus, dass nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten tatsächlich ein Kreuzerl macht.

Den Parteistrategen scheint eine niedrige Beteiligung aber wenig auszumachen. Wichtiger ist ihnen ihre Strategie. Die ÖVP will am liebsten gar nicht über konkrete Zahlen und Modelle sprechen. Sie will Wehrpflicht und Berufsheer mit Emotionen verteidigen.

Die SPÖ hingegen will die ÖVP dazu bringen, die eigenen Vorstellungen über das künftige Bundesheer auf den Tisch zu legen – im Wissen, dass die bisher bekannten Vorstellungen der ÖVP unter Militärexperten umstritten sind.

Darabos kämpft aber nicht nur gegen die ÖVP. Zwar betont er, am 20. Jänner werde über die Wehrpflicht und nicht über ihn abgestimmt. Unter Beobachtern gilt ein Verbleib nach einer verlorenen Volksabstimmung aber als wenig wahrscheinlich.

Und im eigenen Haus hat der Zivildienstler Darabos den Widerstand vieler Offiziere auch in nunmehr fast sechs Jahren als Minister nie abbauen können. Der Konflikt mit Generalstabschef Edmund Entacher wirkte in dieser Stimmung wie ein Katalysator. Mit einer anonymen Anzeige gegen Darabos und führende Generäle wurde der Konflikt von Darabos-Gegnern zuletzt auch nach außen bzw. an die Justiz getragen.



Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) bei einem Truppenbesuch im Kosovo. In Österreich weht ihm ein scharfer Wind entgegen.